

April 24, 2007

Weshalb die Uno ein Parlament braucht

Beat Habegger

Weshalb die Uno ein Parlament braucht

Die Uno soll demokratischer werden. Heute Dienstag startet in Vancouver in Kanada eine weltweite Kampagne zur Gründung eines Uno-Parlaments.

Von **Beat Habegger***

Die Uno braucht mehr Bürgernähe. Das findet das Komitee für eine demokratische Uno (KDUN), eine deutsche Nichtregierungsorganisation, die im Februar 2004 von Andreas Bummel, dem heutigen Vorsitzenden, gegründet wurde. Die KDUN möchte die Bevölkerungen stärker in die internationalen Entscheidungsprozesse einbeziehen und dadurch die Demokratie revitalisieren.

Deshalb lanciert das KDUN eine weltweite Kampagne zur Gründung eines Parlaments der Vereinten Nationen. Mehrere Hundert Parlamentarier und weitere Persönlichkeiten wie der frühere Uno-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali aus Ägypten, die Britin Anita Roddick, Gründerin von The Body Shop, oder der Schweizer Nobelpreisträger Kurt Wüthrich haben einen entsprechenden Appell unterzeichnet.

Ein Blick auf die Uno-Reformdebatte der letzten Jahre zeigt, dass es sich keineswegs um ein abwegiges oder illusorisches Anliegen handelt. Wenn es um die Rolle der Zivilgesellschaft geht, stehen zwar meistens die Nichtregierungsorganisationen oder die Privatwirtschaft im Zentrum. Weniger bekannt ist, dass die Uno seit längerem auch eine verstärkte Integration von Parlamentariern anstrebt.

Bereits Boutros-Ghali wollte als Generalsekretär (1992-96) die Parlamentarier besser einbin-

den. Entsprechende Empfehlungen sind 2005 auch in den Uno-Reformbericht eingeflossen. Zudem haben zahlreiche Parlamente mehr parlamentarische Mitwirkung verlangt. So fassten etwa der Deutsche Bundestag, das Europäische Parlament oder die Parlamentarische Versammlung des Europarats diesbezügliche Beschlüsse. 2005 haben sich auch 108 Schweizer Parlamentsmitglieder in einem offenen Brief an Uno-Generalsekretär Kofi Annan dafür ausgesprochen.

Mit der Forderung nach einem Uno-Parlament betritt das KDUN somit nicht Neuland, zumal die Idee eines «Weltparlaments» eine lange Tradition aufweist. Einen Höhepunkt erreichte sie Ende des 19. Jahrhunderts, als die bürgerliche Friedensbewegung die Geheimdiplomatie und Kabinettpolitik vieler Regierungen für den anhaltenden Militarismus und Imperialismus in Europa verantwortlich machte. vielerorts kamen Parlamentarier zur Überzeugung, dass die Vorrechte der Regierungen in der Aussenpolitik zu beschneiden und die Interessen der Bürger auch auf internationaler Ebene durch gewählte Parlamentarier zu vertreten seien.

Ein neues Verständnis von globaler Politik

Auch wenn sich seither vieles geändert hat, sind die Leitgedanken dieselben geblieben. Der Appell des KDUN zielt zwar auf die Schaffung einer neuen Institution; letztlich geht es jedoch um ein verändertes Verständnis von globaler Politik. Denn praktisch alle Lebensbereiche haben sich durch den rasanten technologischen Fortschritt und die Globalisierung fundamental gewandelt – nur die politischen Systeme nicht.

Hinter dem Trend zu mehr parlamentarischer

Mitwirkung stecke das Bestreben, «normative Vorgaben für die Demokratisierung der sich entwickelnden «Global Governance» zu entwerfen», wie Rechtsprofessor Christian Walter aus dem deutschen Münster schreibt. Aussenpolitik ist weiterhin primär Regierungssache, die Entschiede wirken sich aber innenpolitisch immer stärker aus. Deshalb versuchen die Parlamentarier, ihren drohenden Einflussverlust durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufzufangen. Zudem lassen sich Demokratiedefizite von internationalen Organisationen mindern, wenn diese einer parlamentarischen Aufsicht unterstellt sind.

Bürgerinnen und Bürger kämen zu Wort

Ein Uno-Parlament würde die internationalen Beziehungen insofern umgestalten, als dass fortan Stimmen zu Wort kämen, die primär den Bürgerinnen und Bürgern, nicht den Regierungen und Staaten, verpflichtet sind. Diese direkte Verbindung zur Bevölkerung führt ins Zentrum der Idee eines Uno-Parlaments: Die Welt wird als Gemeinschaft erkannt, die mehr ist als eine Ansammlung von Staaten; und die Menschen dürfen sich als Weltbürger verstehen, die zur Lösung globaler Probleme beitragen, ohne auf die Vermittlung durch eine Regierung angewiesen zu sein.

Das KDUN schlägt zwei Varianten des Uno-Parlaments vor: Entweder könnte es als beratendes, halb autonomes Nebenorgan der Uno-Generalsversammlung etabliert werden; oder die Interparlamentarische Union, ein weltweiter Zusammenschluss nationaler Parlamente, lässt sich mittels eines besonderen Abkommens näher an die Uno anbinden. Die Mitgliedschaft müsste allen

Uno-Staaten, die ein verfassungsrechtlich verankertes Parlament besitzen, offen stehen. Die Abgeordneten würden zunächst aus der Mitte der Parlamente der beteiligten Länder gewählt; später wären auch direkte Wahlen denkbar. Die Zahl der Abgeordneten für jedes Land hätte sich an den jeweiligen Bevölkerungszahlen, mit Ober- und Untergrenzen, zu orientieren. Die maximale Gesamtzahl dürfte zwischen 700 und 900 Mitgliedern liegen.

Andreas Bummel, der KDUN-Vorsitzende, betont, dass es heute für die Bürger kaum Möglichkeiten gibt, auf internationale Themen Einfluss zu nehmen. Ein Uno-Parlament böte direkte Ansprechpartner. Gleichzeitig könnten die Abgeordneten komplexe Sachfragen einfach vermitteln und Verständnis dafür wecken, dass die Lösung globaler Probleme internationale Zusammenarbeit erfordert.

Die Abgeordneten im Uno-Parlament würden sich nicht entlang ihrer staatlichen Herkunft, sondern nach programmatischen Kriterien organisieren – ähnlich wie heute in den Parlamenten der EU oder des Europarats. Daraus entstünden veränderte Koalitionen und damit ein frischer Wind, der eine neue Dynamik in die Uno bringen könnte. Das Uno-Parlament wäre insofern nicht der Endpunkt einer Uno-Reform, sondern würde zum heute fehlenden Motor einer grundlegenden Umgestaltung der Weltorganisation im 21. Jahrhundert.

www.uno-komitee.de

* Beat Habegger ist Mitarbeiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich. Er ist Autor des Buchs «Parlamentarismus in der internationalen Politik: Europarat, OSZE und Interparlamentarische Union» (Baden-Baden, 2005).